

C-1**Gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik**

Die Uneinheitlichkeit und Zerstrittenheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der Irak-Krise haben gezeigt, dass die europäische Außenpolitik gescheitert ist.

Die CDU Saar fordert deshalb vom europäischen Konvent, dass die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) integrale Bestandteile der zukünftigen europäischen Verfassung werden.

Sowohl die Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, als auch in der europäischen Verteidigungspolitik, müssen in Zukunft auf europäischer Ebene integriert werden, damit die Blockade einer gemeinsamen europäischen Politik durch die Interessen einzelner Mitgliedsstaaten nicht mehr möglich ist.

Im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

- soll auf Krisenfälle schneller reagiert werden,
- sollen militärische und administrative Strukturen effizienter genutzt werden und
- soll Europa in der NATO und bei den Vereinten Nationen mehr politisches Gewicht erhalten.

Die Europäische Kommission soll in Zukunft in der Außen- und Sicherheitspolitik mehr Kompetenzen erhalten, indem ein EU-Kommissar für diesen Politikbereich die Europäische Union nach außen und innen vertritt.

C-2**Masterplan-Mehrsprachigkeit**

Die CDU Saar fordert für das Saarland einen Masterplan „Mehrsprachigkeit“. Dabei soll an die erfolgreichen Initiativen des Landes im Kindergarten- und Schulbereich sowie im Hochschulbereich angeknüpft werden.

Vor dem Hintergrund der gesamteuropäischen Entwicklung und des Zusammenwachsens des Wirtschaftsraums Saar-Lor-Lux ist die Verbesserung der Sprachkompetenz in unserer Region unumgänglich.

Mehrsprachigkeit bedeutet im Saarland, dass Französisch neben Deutsch unsere zweite Muttersprache und Englisch unsere erste Fremdsprache wird.

In einem Masterplan „Mehrsprachigkeit“ soll die Sprachenpolitik gebündelt werden, damit alle gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte gemeinsam auf dieses Leitziel hinarbeiten können.

C-3**Christlich-demokratische Politik für das 21. Jahrhundert definieren**

Trotz ihrer negativen wirtschafts- und sozialpolitischen Bilanz ist die rot-grüne Bundesregierung am 22. September 2002 wieder gewählt worden. Dieses Ergebnis hat auch mit Schwächen und Defiziten der CDU zu tun. Die Union wurde nur als Variante, nicht aber als eindeutige Alternative zu Rot-Grün wahrgenommen.

Deshalb dürfen wir trotz unseres gegenwärtigen demoskopischen Höhenfluges nach dem erneuten Berliner Chaos nicht wie 1998 zur Tagesordnung übergehen.

Die CDU Saar fordert die CDU Deutschlands auf, nicht erst ab Ende des Jahres sondern schon jetzt in einer offenen und freien Debatte über den richtigen Weg mit ihrer programmatischen Neuausrichtung zu beginnen. Wir brauchen eine Debatte darüber, was christdemokratische Politik im 21. Jahrhundert unverwechselbar macht. Dabei müssen insbesondere unsere konservativen Wurzeln und Traditionen zeitgemäß fortentwickelt werden. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaftspolitik und die Neuordnung unserer Sozialsysteme in Verbindung mit der dramatischen demographischen Entwicklung.

Die CDU Deutschlands muss wieder die großen gesellschaftlichen Debatten positiv prägen, dabei das Lebensgefühl der Menschen treffen, ohne ihre Zukunftskompetenz aufzugeben. Das Projekt der CDU muss eine überzeugende bürgerliche Antwort auf das Gesellschaftsprojekt sein, das Rot-Grün etwa mit dem Anspruch auf kulturelle Hegemonie und die Lufthoheit über den Kinderbetten betreibt. Zukunftsfähige Christdemokratie, deren wesentlicher Kern ein aufgeklärter Konservatismus ist, verbindet Kompetenz und Kompass. Christlich-demokratische Politik ist modern und menschlich. Sie ist Garant für Nachhaltigkeit, und behält die Chancen zukünftiger Generationen im Blick.

C-10**Kompetenzen der Orts- und Bezirksräte**

Die Landesregierung und der Landesvorstand der CDU mögen sich dafür einsetzen, daß die Orts- und Bezirksräte mit den Ihnen zustehenden Kompetenzen ausgestattet werden. Dies sollte noch vor den Kommunalwahlen 2004 geschehen.

C-11 Handwerksordnung

Die CDU Saar spricht sich für die Erhaltung des Meisterbriefs als Regelzulassung und Qualitätsnachweis für das Handwerk aus.

Die Handwerksordnung ist den Anforderungen unserer modernen Gesellschaft gemäß dynamisch weiterzuentwickeln.

Die Pläne der rot-grünen Bundesregierung zur Reform der HWO lehnt die CDU Saar in der jetzigen Form ab.

Nach Auffassung der CDU Saar kann Selbständigkeit im Handwerk erleichtert werden durch:

- Änderung des Inhaberprinzips
- Prüfung der Umstufung bisheriger Handwerksberufe da Gruppe A in handwerksähnliche Berufe nach den Kriterien
 - Ausbildung
 - Nachhaltigkeit
 - Umweltschutz, Verbraucherschutz, Gefahrgenauigkeit
- Erteilung von Ausnahmegenehmigungen in der Gruppe A für erfahrene Gesellen nach Überprüfung der meist gleichen Kenntnissen und Fertigkeiten durch eine fachkundige Stelle.

Die hohe Ausbildungsfähigkeit des Handwerks ist dadurch zu stärken, dass in der Gruppe der handwerksähnlichen Berufe in ausgesuchten Bereichen eine Gesellenprüfung ermöglicht wird.

C-12 Kommunale Partnerschaften auf Ortsebene

Die CDU Saar fordert die Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion auf, den §73 (3) 6 KSVG wie folgt zu ergänzen:

Pflege vorhandener Partnerschaften und Partnerschaften **und das Begründen neuer Partnerschaften.**

C-14
Änderungsvorschlag zum KSVG

In das KSVG soll ein §49b eingefügt werden:

§49 b (Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in eigenen Angelegenheiten)

- (1) Die Bürgerinnen und Bürger haben bei der Behandlung eigener Angelegenheiten die Möglichkeit, in angemessener Weise im Verlaufe einer Sitzung des Gemeinderates ihre Sache zu vertreten. Hierzu soll die Gemeinde geeignete Verfahren entwickeln und durchführen. Die Beteiligung bei Personalangelegenheiten ist nicht möglich.
- (2) Grundbesitzende und Gewerbetreibende, die nicht Bürger sind, sind in gleicher Weise berechtigt.